Antrag

des Abg. Dr. Michael Preusch u. a. CDU

Stand der Umsetzung des geplanten Organspende-Online-Register in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie das Gesetz zur „Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“ vom 16. März 2020, insbesondere die Einführung eines Organspende-Online-Registers, bewertet;
2. inwiefern das Land Baden-Württemberg auf die praktische Umsetzung dieses Gesetzes vorbereitet ist und welche Maßnahmen diesbezüglich konkret ergriffen worden sind;
3. ob die Landesregierung damit rechnet, dass die Umsetzung fristgerecht gelingt und somit das Register pünktlich zum März 2022 starten kann und falls dies nicht der Fall sein sollte, worin die Ursachen dafür liegen;
4. wie sich die Zahl der Organspenden in den letzten zehn Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat;
5. welche konkreten Bemühungen das Land unternommen hat, um hier Verbesserungen zu erreichen;
6. in wie vielen Fällen eine indizierte Hirn-Tod-Diagnostik als Basis der Entscheidung nicht durchgeführt wurde und was die Ursachen hierfür waren;
7. wie sich die Zahl der Organspenden in den einzelnen Transplantationszentren im Verlauf der SARS-CoV-2-Pandemie verändert hat und worin sie die möglichen Ursachen dafür sieht;
8. wie die Landesregierung die bislang erzielten Erfolge bei den Bemühungen um die Erhöhung der Bereitschaft zur Organspende bewertet und ob das in Rede stehende Register im Lichte dessen aus ihrer Sicht einen Fortschritt bedeutet;
9. wie sich die Zahl der Implantationen von linksventrikulären Unterstützungssystemen (VAD) als Bridge to Transplant und Bridge to Destination in den unterschiedlichen Zentren im Land entwickelt hat.

11.2.2022

Dr. Preusch, Teufel, Bückner, Huber, Mayr, Sturm CDU

Begründung

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende sollten die Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. März 2022 die Möglichkeit haben, in einem Online-Register jederzeit ihre Erklärung zur Organ- und Gewebespende abzugeben, sie widerrufen oder ändern zu können. Die Ausweisstellen von

Bund und Ländern sollen den Bürgern beim Kontakt Informationsmaterial und Organspendeausweise aus-händigen und auf weitere Informationsmöglichkeiten – beispielsweise beim Hausarzt – verweisen können. Ziel ist es, die persönliche Entscheidung zu registrieren, verbindliche Information und bessere Aufklärung zu gewährleisten und die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Thematik zu fördern.

Mit diesem Antrag soll geklärt werden, wie weit die Umsetzung in Baden-Württemberg fortgeschritten ist, ob eine fristgerechte Einführung des Organspende-Online-Registers erwartet wird und welche Erfolge bei der Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende durch das Register erwartet werden können.